Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion i. V.: Meta Moch, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 47 | **München / 5. Jahrgang** | **22. November 1918**

1918 Wochenkalender 5679

	November	Kislew	Bemerkung
Sonntag	24	20	
Montag	25	21	
Dienstag	26	22	
Mittwoch	27	23	
Donnerstag	28	24	
Freitag	29	25	Chanukah
Samstag	30	26	שבת חנוכה מברכין החדש

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion i. V.: Meta Moch, München.



Nummer 47 — **München / 5. Jahrgang** — **22. November 1918**

Stimmung.

Man soll Stimmungen nicht mit Meinungen verwechseln. Aber man kann Stimmungen Rechnung tragen, ohne seine Meinung preiszugeben. „Es sind zu viele Juden in der Regierung, sowohl im Reiche, wie in Bayern", das ist die allgemeine Stimmung. Wenn Juden tüchtig sind, der Allgemeinheit nützen können, dann haben sie dieselben Rechte, wie Nichtjuden; also auch das Recht an der Spitze der Regierung zu stehen. Das ist unsere Meinung. Wenn aber die allgemeine Stimmung diese Führer bekämpft, die nicht aus breiter, gesetzlich begründeter Wahl zu dem erhoben worden sind, wozu sie die Umwälzung gemacht hat, dann handeln sie vielleicht nicht klug, wenn sie im Führeramt verharren. Ihre Tüchtigkeit findet unter solchen Umständen nicht die objektive Beurteilung, die sie erwarten dürfte; Mißgunst und Mißtrauen schadet nicht nur ihnen, sondern der Allgemeinheit und vor allem dem Judentum.

Gerade wir von unserem Standpunkt aus können die bestehende Stimmung begreifen. Begreifen heißt nicht billigen. Weil wir sie begreifen, tragen wir ihr Rechnung, indem wir dieses feststellen: Die jüdische Allgemeinheit ist ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse gewesen. Die jüdische Allmeinheit hat ihn weder gewünscht, noch gehemmt. Angriffe auf diese Allgemeinheit sind also ebenso unberechtigt, wie zwecklos. Unberechtigt, weil, wie wir gezeigt haben, das Judentum keinerlei Stellung genommen hat, zwecklos, weil gerade die Juden, die durch die Umwälzung in die Führung gelangt sind, sich von der jüdischen Allgemeinheit in der Vergangenheit nichts einreden ließen und heute erst recht nichts einreden lassen.

Man wende sich also mit Beschwerden an die richtige Adresse: nicht an das deutsche Judentum, sondern an die politischen Parteien, die verantwortlich zeichnen.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung: Wenn einzelne liberale Parteigrößen die hier gekennzeichnete Stimmung zum Vorwande nehmen, um kräftig Antisemitismus zu propagieren, dann hoffen wir, das Judentum werde diesen Herren bei den kommenden Wahlen in der Form des Stimmzettels die gebührende Quittung erteilen.

Die Verhältniswahl in den jüdischen Großgemeinden, insbesondere in der Kultusgemeinde München.

Von Dr. E. Straus.

In ihrem Aufruf vom 12. November 1918 (Reichsgesetzblatt Nr. 153) hat die neue Volksregierung des deutschen Reichs den Grundsatz ausgesprochen, daß fortan „alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften auf Grund des proportionalen Wahlsystems" zu vollziehen sind. So ist mit der politischen Umwälzung ein Wahlprinzip zur allgemeinen Anerkennung gelangt, dessen innere Berechtigung schon längst in weiten Kreisen anerkannt, dessen Durchführung aber vielfach an dem Widerstand der gerade am Ruder befindlichen Mehrheitspartei gescheitert war.

Auch die jüdischen Gemeinden werden sich nun nicht länger der Pflicht entziehen können, an Stelle des veralteten und unbilligen Mehrheitswahlrechtes das Proportionalwahlrecht einzuführen.

Der Gedanke, das Verhältniswahlsystem in den jüdischen Großgemeinden einzuführen, stammt nicht aus den Kreisen der „Opposition". Er ist erstmals von einer in liberalen Kreisen sehr angesehenen Persönlichkeit an sehr offizieller Stelle ausgesprochen worden. Es war dies am 12. Juni 1905 auf dem X. Gemeindetag des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, wo Herr Geheimrat Prof. Dr. Rosin-Freiburg ein Referat über die Rechtsstellung der jüdischen Gemeinden in Preußen und über den von ihm vorbereiteten neuen Gesetzesvorschlag erstattete. In diesem großzügigen Vortrag hat Rosin nachdrücklich hingewiesen auf die Notwendigkeit, „Grenzen zu finden für die Herrschaft der Majorität gegenüber der Minorität, Grenzen zu finden, welche es auch der Minorität möglich machen, innerhalb eines durch die Majorität beherrschten und bestimmten Gemeinwesens ein sie befriedigendes Leben zu führen". Und als eine der Folgerungen, die er aus der Erkenntnis einer solchen Notwendigkeit zieht, macht er dort den Vorschlag, „einen Versuch zu machen mit der Einführung einer Minoritätenvertretung und einer Proportionswahl in die Körper der Verwaltung der israelitischen Angelegenheiten". Rosin hat denn auch in den später ausgearbeiteten Gesetzesentwurf die Bestimmung aufgenommen (§ 12): „Die Wahlen sind unmittelbar und geheim. Sie finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt, derart, daß neben den Mehrheits- auch die Minderheitsgruppen ihrer

Zahl entsprechend vertreten sind", und hat in der Begründung neuerdings darauf hingewiesen, daß „die Verhältniswahl sich, wie man auch über sie mit Bezug auf politische Wahlen denken mag, für Wahlen in israelitischen Gemeinschaftsangelegenheiten besonders empfiehlt".

Aus den gleichen Erwägungen heraus habe ich im Jahre 1909 in den von mir der Kommission des Landesvereins für israelitische Kultusgemeinden in Bayern vorgelegten „Grundsätzen für eine neue gesetzliche Regelung der Verhältnisse der jüdischen Religionsgemeinschaft in Bayern"[1]) und hat späterhin Dr. Alfred Neumeyer in seinen „Bemerkungen zur Abänderung des Edikts vom 10. Juni 1813"[2]) die Einführung der Verhältniswahl bei den Vertretungskörpern der größeren bayerischen Kultusgemeinden angeregt. Im gleichen Sinne äußerten sich über die Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit des Proportionalwahlsystems für die größeren bayerischen Kultusgemeinden in ausführlichen Gutachten in den Jahren 1909 und 1910 die Universitätsprofessoren Heimberger, Dyroff und Piloty, also die ersten Autoritäten auf dem einschlägigen Rechtsgebiete. In überzeugender Weise hat ferner Sigmund Fränkel in mehreren Aufsätzen in der Jüdischen Presse[3]) die Notwendigkeit der Einführung des Verhältniswahlrechts in den jüdischen Großgemeinden vom Standpunkt der Gerechtigkeit und religiösen Toleranz dargelegt.

In der Tat sprechen ja auch all die Gründe, die allgemein zugunsten der Verhältniswahl angeführt werden, insbesondere für deren Anwendung auf die jüdischen Kultusgemeinden.

Wir haben heute innerhalb aller jüdischen Großgemeinden Deutschlands mehrere Richtungen oder Parteien, von denen jede ihre berechtigten Interessen und Wünsche zu vertreten hat.

Eine aus lauter Neologen zusammengesetzte Gemeinderepräsentanz wird den Forderungen einer orthodoxen Minderheit schon deshalb nicht gerecht werden, weil diese keine Gelegenheit hat, ihre Wünsche innerhalb des Kollegiums darzulegen.

Ein von nationaljüdischer Seite gestellter Antrag auf Errichtung einer gemeindlichen Lesehalle oder Bibliothek, auf Ausgestaltung von Lehrkursen, fällt in einem solchen Kollegium ohne weiteres unter den Tisch.

Man wende nicht ein, daß das Schicksal dieser Vorlagen kein anderes wäre, wenn auf Grund einer Verhältniswahl eine Anzahl orthodoxer oder zionistischer Vertreter Mitglieder des Kollegiums wären, weil schließlich ja doch letzten Endes die Mehrheit der Mitglieder des Kollegiums entscheidet.

Man darf doch nicht verkennen, daß in vielen Fällen nicht der böse Wille, sondern das mangelnde Verständnis an solchen Dingen schuld ist. Und hier kann eine Aussprache und Aufklärung auch eines Einzelnen Gutes wirken. — Dazu kommt, daß die Hauptarbeit gerade in größeren Kollegien nicht vom Plenum, sondern von Kommissionen geleistet wird, wo fähige, arbeitsfreudige Männer welcher Richtung immer überall leicht Einfluß zu gewinnen vermögen.

Wird durch die Verhältniswahl den Minderheiten eine Vertretung gesichert, so wird der Weg zu besserem gegenseitigen Verständnis angebahnt.

Bei den geltenden Wahlsystemen führt das Bewußtsein der Minderheit, daß sie auf alle Fälle mundtot gemacht sei oder doch von der Gnade der Mehrheit abhängig bleibe, dazu, daß sich ihre Anhänger von einer Betätigung im Gemeindeleben immer mehr zurückziehen, das Interesse daran verlieren und schließlich allen Fragen des Gemeindelebens mit Gleichgültigkeit oder Erbitterung gegenüberstehen. Und das sind, wie die Dinge in Deutschland liegen, gerade diejenigen Elemente, die ihrer treuen Anhänglichkeit an den Interessen der jüdischen Gemeinschaft wegen besonders geeignet wären, an der Leitung der Gemeinde mitzuwirken.

Die Einführung der Verhältniswahl bringt mit einem Schlag neues Leben in die Gemeinde. Nicht nur bei den Minderheitsparteien, die jetzt erst die Möglichkeit sehen, Einfluß durch eigene Anstrengung zu gewinnen, sondern auch bei den Mehrheitsparteien, die nun genötigt sind, den eigenen Besitzstand zu verteidigen, ihre Kräfte anzuspannen, ihre Geschäftsführung vor den Wählern zu vertreten. —

Nur feige Bequemlichkeit, die Ruhe um jeden Preis verlangt und in jedem Wahlkampf einen Frevel gegen den „Gemeindefrieden" erblickt, wird sich daher gegen die Verhältniswahl sträuben können.

Die Wahlkämpfe selbst werden bei der Verhältniswahl ruhiger und sachlicher geführt werden können, als bei der Mehrheitswahl, die nach dem treffenden Wort des französischen Deputierten Groussier den Charakter einer Lotterie besitzt, bei der der Wähler entweder gewinnt oder verliert. Handelt es sich doch dann nur mehr um das Maß des Einflusses, nicht mehr um „Sein oder Nichtsein", ein „Alles oder Nichts".

Wie unbillig das bisher geltende Wahlrecht wirkt, haben wir gerade hier in München feststellen können bei den letzten Wahlkämpfen aus Anlaß der Gemeindewahlen im Jahre 1910. Von etwa 1200 abgegebenen Stimmen entfielen ca. 800 auf die „liberale", gegen 400 auf die Oppositionsliste. Da auf Grund des geltenden Gemeindestatuts von 1892 das Mehrheitsprinzip gilt, wurden sämtliche 12 Kandidaten der liberalen Partei (6 Ausschußmitglieder und 6 Ersatzmänner) gewählt; die Opposition, die nahezu ein Drittel der Stimmen auf ihre Liste vereinigt hatte, blieb ohne Vertretung.

Mit diesem System muß gebrochen werden! Das haben damals bereits und inzwischen wiederholt auch angesehene Führer der liberalen Mehrheit eingesehen und öffentlich anerkannt.

Jetzt ist die Zeit gekommen, die nötigen Schritte zu tun! Die Mandate der sämtlichen 18 Mitglieder des Münchener Verwaltungsausschusses sind abgelaufen, da die statutenmäßigen Wahlen in den Jahren 1914 und 1916 mit Rücksicht auf die Kriegszeit nicht abgehalten wurden. In Kürze sollen die Neuwahlen vorgenommen werden. Es erscheint angesichts der eingetretenen allgemeinen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, insbesondere auch im Hinblick auf den Eingangs erwähnten Erlaß der Reichsregierung unzulässig und würde den schärfsten Protest herausfordern, wenn man in der jetzigen Zeit Wahlen nach einem so veralteten, unbilligen Wahlsystem vornehmen würde, wie es das geltende Gemeindestatut vorschreibt.

---

[1]) Privatdruck München 1909.
[2]) Augsburg 1914.
[3]) Auch als Broschüre erschienen. Berlin 1911.

Das Prinzip der Verhältniswahl muß auch für die kommenden Münchener Kultuswahlen maßgebend sein.

Über den § 70 des Gemeindestatuts, der Mehrheitswahl vorschreibt, könnte man sich angesichts der veränderten Verhältnisse unschwer hinwegsetzen, man wird hierzu — ebenso wie seither zu der satzungswidrigen Verlängerung der Mandatsdauer — die Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörden erhalten. Will man das nicht, so ist auch der ordnungsmäßige Weg der Statutenänderung unschwer gangbar. Man veranlasse schleunigst die Verstärkung des Gemeindeausschusses um 9 Mitglieder für die Zwecke der Statutenrevision (§ 16 des Gemeindestatuts) — da die Wählerlisten abgeschlossen vorliegen, kann diese Wahl in wenigen Tagen durchgeführt werden — und beschließe die Änderung der einschlägigen Statutenbestimmungen. Es liegen in der neueren bayerischen Gesetzgebung (Gemeindewahlgesetz von 1908, Kirchengemeindewahlordnung von 1912) sehr geeignete Vorbilder vor, die ohne erhebliche Schwierigkeiten den Verhältnissen der jüdischen Gemeinde angepaßt werden können. Man wende nicht ein, daß dies eine zu große Verzögerung der Wahlen mit sich bringen würde! Wir haben in den Oktobertagen dieses Jahres erlebt, wie Reichstag und Bundesrat in wenigen Sitzungen grundsätzliche Änderungen der Reichsverfassung von ganz anderer Tragweite beschlossen haben. — Auch der Hinweis auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Statutenrevision kann gegen die Vordringlichkeit einer Änderung des Wahlverfahrens nicht ins Feld geführt werden. Die allgemeine Revision mag ruhig auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die Beschlußfassung muß auch dem nach den neuen Grundsätzen gewählten Verwaltungsausschuß vorbehalten werden.

Die Verwaltungen der israelitischen Großgemeinde München werden zeigen müssen, ob sie den Anforderungen dieser Zeit gewachsen sind.

Gesamtrepräsentanz der Ostjuden in München.

Im Zusammenwirken aller ostjüdischen Vereine wurde am 19. November ein repräsentativer „Gesamtausschuß der Ostjuden Münchens" eingesetzt, der bevollmächtigt und beauftragt ist, die gemeinsamen Interessen aller in München lebenden Ostjuden wahrzunehmen. Mit Einsetzung dieser Körperschaft ist für das Leben der Ostjuden in München ein großer Fortschritt erzielt. Es ist nunmehr endlich eine Instanz geschaffen, die nach außen hin die Ostjuden vertreten wird und erwarten kann, bei Arbeiten der Gemeinde und sozialer Organisationen, an denen die Ostjuden interessiert sind, zur Mitwirkung herangezogen zu werden. Seine nächste unmittelbare Aufgabe sieht der Gesamtausschuß darin, den Verleumdungen entgegenzuwirken, die gegen die Ostjuden als Gesamtheit umlaufen. Soweit Übergriffe Einzelner geeignet sind, als Vorwand für solche Vorwürfe zu dienen, werden energische Maßnahmen gegen diese Übergriffe getroffen werden und sind teilweise schon im Gange. Eine weitere wichtige Aufgabe des Augenblicks ist die soziale Fürsorge für Heeres-Entlassene der in Rede stehenden Kreise. Über die weiterhin entstehenden mannigfaltigen Aufgaben wird der Gesamtausschuß von Fall zu Fall entschließen. Wünsche und Anregungen wird er gerne entgegennehmen. Die vorläufige Adresse ist: Gesamt-Ausschuß der Ostjuden Münchens, Ohmstr. 20/o links.

J. R.

*

Das Unumgängliche, längst als eine Lebensnotwendigkeit Erkannte und doch eifrigstem Bemühen bisher nicht Gelungene ist nunmehr Ereignis geworden: Eine Gesamtrepräsentanz aller ostjüdischen Vereine Münchens ist am 19. November ins Leben gerufen worden. Es bedurfte des großen Ernstes der Zeit und der erdrückenden Schwere der gegenwärtigen Situation, einer Situation, wie sie die bayerische Metropole und ihre Judenheit nie sah oder auch nur ahnen durfte, um das erfreuliche Ergebnis zu ermöglichen. Indessen, die Rücksicht auf die besonderen Zeitumstände mochten wohl den Erfolg beschleunigt haben, geschaffen und verbürgt hat ihn die langsam heranreifende Selbsterkenntnis und das erwachende Selbstbewußtsein einer Gemeinschaft, die nahe daran war, bald keine mehr zu sein. Das Selbstbewußtsein, das zugleich Pflichtbewußtsein ist, eine Selbsterkenntnis, die Selbsterhaltung bedeutet. Die Not der Stunde ist es, die der entscheidenden Tat die Wege gebahnt, die Forderungen und Bestrebungen jedoch, denen diese Tat gilt, sind alt, so alt, wie östliches Judentum auf deutschem Boden selbst. Sie beziehen sich auf die Gesamtheit der ostjüdischen Lebensäußerungen und Lebensnotwendigkeiten in ihrer vollwertigen und vollberechtigten Eigenart. Der Erhaltung und Entfaltung der ostjüdischen Lebenswerte in Organisation und Erziehung, in gemeinschaftlicher Solidarität und völkischem Wollen in Welt- und Lebensanschauung gilt die große Tat und der Sinn der Einigung. Ihr Daseinsrecht und ihre Erfüllung.

So ist es. Und daß es so ist, dafür bürgen der Ernst und die Bedeutung, aber auch die Möglichkeiten der Stunde. Dafür bürgen die Männer, die von der einmütigen Willenskundgebung der Ostjudenheit Münchens am 19. November zu hoher Pflichterfüllung berufen worden sind. Zum mannhaften Entschluß beglückwünschen wir die Wähler, zu segensreichen Werken rufen wir die Gewählten.

L. R.

Nationalausschuß und Kongreß der Juden Deutschlands.

Am 13. November fand in Berlin eine Versammlung der Berliner Zionisten in den Prachtsälen des Westens statt, die einen so starken Besuch hatte, daß der große Saal überfüllt war und die Zuhörer bis auf die Straße standen. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden der Berliner Zionistischen Vereinigung, Herrn Dr. Egon Rosenberg, eröffnet. Hierauf sprachen die Herren Dr. Hantke, Dr. Klee, Kurt Blumenfeld, Nahum Goldmann, Herr Kauffmann und Leo Herrmann. Alle Redner erklärten, daß das Nationaljudentum in Deutschland gegenwärtig in aller Deutlichkeit seine nationalen Forderungen erhebt, daß es alle deutschen Juden zu ihrer Unterstützung aufrufe und überzeugt sei, daß diese Forderungen angesichts der demokratischen Umwälzung in Deutschland Erfüllung finden werden. Zum Schlusse der Versammlung wurde unter stürmischem Beifall nachstehende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Berliner Zionisten vom 13. November begrüßt den Beschluß des Zentralkomitees der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, der unter Zuziehung der Vertreter der nationaljüdischen und zionistischen Gruppen Berlins gefaßt worden ist, einen „Nationalausschuß der Juden Deutschlands" zu schaffen, der

einen auf demokratischer Grundlage gewählten Kongreß der Juden in Deutschland vorzubereiten hat, die auf dem Boden folgender Forderungen stehen:

a) Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk.

b) Tatsächliche Durchführung der vollen Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern.

c) Nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung der Länder jüdischer Massensiedlung sowie aller anderen Länder der Welt, deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt.

d) Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen gegen ausländische Juden, insbesondere sofortige Aufhebung der in Deutschland bestehenden Grenzsperre gegen alle Juden.

e) Umwandlung der jüdischen Kultus- (Synagogen- und Religions-) gemeinden in Deutschland in jüdische Volksgemeinden auf demokratischer Grundlage und unter Sicherung der Rechte von Minoritäten, sowie Schaffung eines Reichsverbandes der jüdischen Volksgemeinden als Vertretung der jüdischen Volksgemeinschaft in Deutschland, mit dem Recht der autonomen Regelung aller jüdischen Angelegenheiten.

Die Versammlung begrüßt die Forderung, daß dieser Kongreß eine Vertretung der Juden in Deutschland zu schaffen hat und fordert den vorläufigen Nationalausschuß auf, bis zur Wahl einer Vertretung die erforderlichen politischen Maßnahmen zu treffen.

Die Versammlung der Berliner Zionisten spricht der Leitung der Zionistischen Organisation ihren wärmsten Dank für die erfolgreiche Arbeit aus, die den Zionismus zur Verwirklichung bringt."

Appell der deutschen Zionisten an die englischen, französischen und amerikanischen Zionisten wegen Hilfeleistung für das deutsche Volk.

Aus Kopenhagen wird vom 17. November telegraphisch berichtet:

Im Auftrag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland hat das Kopenhagener Bureau der Zionistischen Organisation nachstehende telegraphische Kundgebung an die zionistischen Föderationen in England, Frankreich und Amerika gerichtet:

„Wir begrüßen Euch, teure Gesinnungsgenossen, im Moment, da das blutige Ringen der Völker aufgehört und in Deutschland ein neuer Geist der Freiheit gesiegt hat. Es ist von unvergleichlicher Wichtigkeit, daß diese Entwicklung sich ungestört vollzieht. Wenn im jetzigen Augenblick des Überganges Hungersnot und Unterbindung des Verkehrs entsteht, so droht die glücklich begonnene Entwicklung in Anarchie zu zerfallen. Wir begrüßen, daß Amerika und die Länder der Entente beschlossen haben, durch rasches Eingreifen tatkräftige Hilfe zu leisten und bitten Euch, auch Eurerseits alles dazu beizutragen, daß die ungeheuren Leiden des deutschen Volkes gelindert werden, damit es nicht am Hunger zu Grunde gehe und in Anarchie sich auflöse. Getragen vom menschlichen Mitgefühl für die Millionen unschuldiger deutscher Kinder und Frauen, denen der Hungerstod droht, wissen wir, daß sofortige Hilfeleistung zugleich im dringendsten Lebensinteresse der großen jüdischen Massen sowohl innerhalb Deutschland, als in den Nachbarländern liegt. Nur durch schnelle Übermittlung der wichtigsten Nahrungsmittel und durch gleichzeitige Gewährung von Erleichterungen in den Transportbedingungen ist eine Katastrophe zu vermeiden, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Möget Ihr, eingedenk der großen jüdischen Traditionen, Euer Wort einlegen für eines der schönsten Werke menschlicher Liebe und der menschlichen Zivilisation, die selbst bedroht ist, wenn die drohende Katastrophe hereinbricht."

Jahrestag der englischen Deklaration in Palästina.

Aus Palästina kommt die Nachricht, daß der Tag der Erklärung von allen palästinensischen Gemeinden festlich begangen worden ist. Versammlungen und Gottesdienste fanden statt, bei denen auf die Bedeutung der Balfourschen Erklärung hingewiesen und der englischen Regierung für ihr Versprechen, dem jüdischen Volke bei der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina beizustehen, gedankt worden war. Es ist eine Quelle großer Freude für die ganze jüdische Bevölkerung, daß es ihr vergönnt ist, diesen ersten Jahrestag zu feiern. Sie, die schweigen mußten, als am 2. November 1917 die englische Regierung dem jüdischen Volke das Unterpfand der Freiheit gewährte, sind nun freie Menschen. Sie schließen sich dem Chor der Stimmen ihrer Brüder in allen freien Ländern der Welt an, um dem englischen Volke ihren Dank auszusprechen und an der Feier dieses Jahrestages tätigen Anteil zu nehmen. Den unermüdlichen Anstrengungen der zionistischen Organisation bringen sie ihren inni-

gen Dank entgegen, und aufs wärmste danken sie der englischen Regierung für ihre Sympathie, ihr aufrichtiges Interesse und die ihrer schweren Aufgabe gewährte Unterstützung. Israel wird in seine Heimat zurückkehren, um dort ein glückliches Leben zu führen. Die Tage der Heimatlosigkeit, Verfolgung und Sklaverei sind vorüber. Palästina wird ein Zentrum nationaler Tradition, jüdischer Kultur und Wissenschaft werden. Schon jetzt ist Hebräisch zu einer lebendigen Sprache geworden, die man in allen jüdischen Kolonien hört. Die Schaffung der jüdischen Universität ist ein fait accompli, und aus allen Teilen der Welt werden unsere jungen Leute ihr zuströmen. In ihrer Freude gedenken sie aller, die gleich ihnen die Anerkennung ihrer besonderen Rechte erwarten. Den Arabern und Armeniern senden sie ihre freundschaftlichen Wünsche. Sie wissen, daß die Losung Englands und seiner Verbündeten im Weltkriege die Befreiung der kleinen Nationen ist. Getreu seiner stets bewiesenen Duldsamkeit und Gerechtigkeit hat England formell erklärt, daß dieser Krieg nicht zu Ende gehen soll, bevor das größte Unrecht, das Unrecht an dem heimatlosen jüdischen Volk, wieder gut gemacht ist. Frankreich, getreu seinem Grundsatz von der Anerkennung der Menschenrechte, demzuliebe es die größten Leiden ertragen hat, sympathisiert mit der jüdisch-nationalen Bewegung und gewährt ihr seine volle Unterstützung. Italien, auf dessen Einigung und Wiedergeburt das Erwachen des nationalen Bewußtseins gefolgt ist, begrüßt freudig die Wiedergeburt des jüdischen Volkes und erkennt seine nationalen Rechte an. Amerika, gemäß seinen hohen Idealen der Duldung und Gleichheit, das so oft unseren leidenden Brüdern Schutz gewähren mußte, hat durch den Präsidenten Wilson sein tiefes Interesse am zionistischen Werk ausgedrückt und in seine Kriegsziele das Recht der Juden auf ein freies Volksleben in Palästina mitaufgenommen. Ein neues, glorreiches Kapitel unserer Geschichte hat begonnen. Mit Englands und seiner Verbündeten Hilfe sehen wir vertrauensvoll der Zukunft einer Hoffnung entgegen, die an dem uns unvergeßlichen 2. November 1917 wiedergeboren wurde.

* * *

Englische Stimmen.

Der 2. November, der Jahrestag der britischen Erklärung zugunsten des Zionismus, wurde von der gesamten Judenheit Englands als nationaler Festtag gefeiert. In London fand an diesem Tage im Opernhause eine große zionistische Demonstrationsversammlung statt. Professor Weizmann und eine Reihe britischer Staatsmänner traten als Redner auf. In den anderen jüdischen Zentren Englands und Schottlands fanden am gleichen Tage ebenfalls Festversammlungen statt. Im ganzen Lande wurden aus diesem Anlaß Festgottesdienste abgehalten. Für die zionistischen Zwecke, namentlich für den Palästinawiederaufbaufond, wurden gelegentlich des Festtages große Sammlungen durchgeführt.

Lord Robert Cecil, Vize-Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Mitglied des Parlaments, hat am Jahrestage der englischen Regierungserklärung die folgende Botschaft gesandt:

Inmitten des Mord- und Vernichtungswerkes dieses Krieges steht die zionistische Bewegung als ein großes Streben nach praktischem Idealismus da. In seinem Gelingen liegt ein Versprechen nicht nur für das jüdische Volk, sondern für die gesamte Weltkultur. Möge ihm weiterer Erfolg beschieden sein, und möge ihm immer mehr die Gunst Gottes und der Menschheit zu Teil werden.

Der frühere Staatssekretär, Herbert Samuel, schreibt:

Die Geschichte Palästinas erstreckt sich über Tausende von Jahren voller Wechselfälle, aber die soeben verstrichenen zwölf Monate werden sicherlich in dieser langen Geschichte von besonderer Bedeutung bleiben. Sie begannen mit einer politischen Erklärung durch die englische Regierung, die von den alliierten Mächten unterstützt wurde, von der großen Mehrzahl der Juden aller Länder mit Begeisterung und Dankbarkeit aufgenommen wurde und die Aussicht auf Erlösung des alten Landes von Trübsal und Unterdrückung sowie auf das Wiedererstehen einer wirksamen und eigenartigen Kultur auf dessen Boden eröffnete. Sie enden mit einem völligen militärischen Sieg, welcher die Erfüllung des mit der Erklärung gegebenen Versprechens nicht nur möglich, sondern sicher macht. In der Zwischenzeit hat die zionistische Kommission, der dank der Energie und dem Takt ihrer Leitung Erfolg beschieden war, durch ihre Tätigkeit an Ort und Stelle mit der Lösung vieler Probleme begonnen, die sich darbieten und die eines nach dem andern überwunden werden müssen.

John Bright schrieb 1848: „Die Freiheit ist unterwegs, und dieses Jahr verspricht ein großes Jahr in der europäischen Geschichte zu werden." Siebzig Jahre später können wir diese Worte wiederholen und diese Verheißung auf die Geschichte nicht nur Europas, sondern auch Palästinas und schließlich der ganzen Welt anwenden.

Marquis of Crewe sandte die folgende Botschaft:

Der jüngste große Sieg in Palästina, der einen Triumph der klugen Strategie und der Tapferkeit vieler Völker, die unter den englischen Fahnen kämpfen, bedeutet, bezeichnet die erste Wiederkehr des Tages der britischen Regierungserklärung. Wir hoffen, daß das Vaterland des jüdischen Volkes, dem dieses als seiner Heimat entgegensieht, für immer gesichert ist.

Protest gegen die Juden-Pogrome in Polen.

Vom „Jüdischen Preßbureau" in Stockholm wird uns telegraphiert:

Das britische Ministerium des Äußern veröffentlicht am 15. November nachstehende Erklärung:

„Nachrichten über antisemitische Pogrome in Warschau erreichten Sr. Majestät Regierung. Sollten die Berichte über Pogrome sich als wahr erweisen, dann kann die englische Regierung nur in schärfster Weise zu solchen Zwischenfällen Stellung nehmen. Solche Zwischenfälle sind eine Ermutigung für die Elemente der Unordnung und Gewalt, welche bereits das Leben jeder Bevölkerung zwischen Rhein und Wolga bedrohen. Der eben erreichte Freiheitssieg wird von wenig Bedeutung sein, falls die Welt sehen müßte, daß die Herrschaft der eben vernichteten Gewalt wieder eingesetzt wird in einer anderen Form, die in nicht weniger abstoßendem Gegensatz zu den Prinzipien der Freiheit steht. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten sind bereit, ihre ganzen Kräfte dem Wiederaufbau der ökonomischen Grundlagen der Ordnung und des zivilisierten Lebens zu widmen — aber allein jener Länder, welche durch Handlungen zeigen, daß sie Ordnung und Zivilisation

wünschen. Wenn irgend ein Volk Zentraleuropas Begier zur Unordnung herrschen läßt, wird die Westdemokratie unfähig sein, etwas für die Förderung ihres Wiederaufbaues zu tun, sie wird nur fähig sein, in Geduld und gezwungener Untätigkeit zu warten auf die Wiederherstellung der Bedingungen, welche für den Fortschritt des Friedens die Tür öffnen."

Aus dem Haag wird vom 15. Nov. telegraphiert: Trotzdem abgesehen von der Tagespresse zahlreiche aus Galizien in Holland eingetroffene Privatbriefe entsetzliche Tatsachen über die von polnischer Seite verübten Judenpogrome melden, dementiert das polnische Korrespondenzbureau im Haag alle Nachrichten über die Ausschreitungen von polnischer Seite und bezichtigt vielmehr die jüdische Öffentlichkeit der Beschimpfung des jungen demokratischen polnischen Staates. Selbstverständlich hat das polnische Dementi in maßgebenden Kreisen keinen Glauben gefunden. Auf Ersuchen des holländischen Staatsrates Oppenheim hat der holländische Minister des Auswärtigen sowie der Gesandte der Vereinigten Staaten die Ententeregierungen über die Pogromnachrichten informiert. Die Zionistische Organisation, sowie der Oberrabbiner Onderwyzer in Amsterdam ersuchen telegraphisch den Präsidenten Wilson, seinen Einfluß aufzubieten, um weitere Pogrome zu verhindern. Eine am 14. November in Amsterdam einberufene Protestversammlung gegen das empörende Vorgehen der Polen gegen die jüdische Bevölkerung war trotz der Revolutionsstimmung von Tausenden besucht. Auch nach Rotterdam wurde eine große Protestversammlung einberufen.

Eine hebräische Schule in Stuttgart.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Auch bei uns bricht sich immer mehr der Gedanke Bahn, daß im jüdischen Lager schon „der Worte genug gewechselt ward" und daß es nunmehr wirklich Zeit ist, zu praktischer, fruchtbarer Arbeit für unser Volk und seine Zukunft überzugehen. Vor allem aber zu derjenigen Arbeit, von der unsere ganze Volksexistenz abhängt — zu einer rationellen nationalen Erziehung unserer heranreifenden Jugend. Daß die wenigen Religionsstunden, auf die bisher die hiesige jüdische Jugend größtenteils angewiesen war, es nicht zu tun vermochten, ist leider mehr als wahr. Und so wurde hier vor kurzem, dank der Tätigkeit einiger opferwilliger Herren, ein Verein gebildet, der am Kern und Wesen unserer traditionellen Talmud-Toras festhaltend, dieselben der Neuzeit und deren Methoden anzupassen sich als Ziel steckte.

— Die erste Tat des Vereins war deshalb die Gründung einer hebräischen Schule, in der bereits mehr als 50 Kinder verschiedenen Alters einen modernen (nach dem Ibrith-Beibrith-System), aber unserer alten religiösen Tradition in vollem Maße Rechnung tragenden Unterricht erhalten. Gründlicher sprachlicher Unterricht, Geschichte des jüdischen Volkes, Palästinakunde, Bibel und Talmud sollen die weitgehendste Pflege in der Schule finden. Dazu kommen noch allwöchentlich Vorträge des Leiters der Schule, die unsere Kinder für eine verständnisvolle Einsicht in die großen Bewegungen der letzten Jahrzehnte vorbereiten sollen. — Da auch die Eltern diese Vorträge besuchen, so hoffen die Gründer, daß sich hier die Schule allmählich zu einem geistigen Mittelpunkt entwickeln wird.

Auch das Äußere der Schule soll im vollen Einklang mit den Forderungen unserer Zeit stehen. Das Mitglied des Vorstands, Herr Cigarettenfabrikant J. Pilnik hat in großzügigem Opfermut die vollständige Einrichtung der Schule, nach dem letzten Worte der pädagogischen Technik, auf sich genommen. Auch von anderen Mitgliedern fließen der Schule reichliche Spenden zu — was nicht nur als ein Zeichen des Verständnisses für deren Notwendigkeit in der Gegenwart, sondern auch als eine Bürgschaft für die Zukunft zu begrüßen ist.

Möge es der Schule vergönnt sein, begeisterte und starke Juden zu erziehen, wirkliche Juden!

Aus der jüdischen Welt

Deutschland.

Die Jüdische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion veranstaltete in den Logen-Festsälen in Berlin ihre erste öffentliche Massenkundgebung nach der Revolution. Der Hauptredner S. Rubaschow sprach über „Die Gegenwartsaufgaben des jüdischen Sozialismus". Er zeichnete die Entwicklung des Sozialismus unter den Juden. Die sozialistische Bewegung des Poale-Zionismus (Zionistische Arbeiterbewegung) erscheint als die reifste Entwicklungsstufe des jüdischen Sozialismus. Verschiedene Redner protestierten gegen die Pogromhetze in Polen. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde eine Resolution angenom-

men, die die Revolution in Deutschland begrüßt, die Wiederherstellung der Internationale verlangt, die Forderung des jüdischen Volkes auf nationale Autonomie in der Diaspora und auf die jüdische Heimstätte in Palästina verkündet. Eine zweite Resolution protestiert gegen die Pogrome in Polen und fordert die polnischen Arbeiter auf, sich der chauvinistischen Judenhetze entgegenzustellen. Unter den Begrüßungen, die zur Versammlung eingelaufen waren, wurden die Schreiben der deutschen Sozialdemokraten Dr. Josef Bloch und Julius Kaliski verlesen. Der Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte, Josef Bloch, bezeichnet die Kundgebung des Willens der jüdischen Arbeiterklasse zur Selbstbestimmung des jüdischen Volkes als eine Angelegenheit des internationalen Sozialismus und erklärt, daß insbesondere auch die deutschen Sozialisten dafür eintreten müßten, daß das Recht des jüdischen Volkes auf Palästina, das aus der Pflicht des Volkes zu produktiver Leistung folgt, anerkannt werde. In gleichem Sinne äußerte sich Kaliski.

Deutsch-Österreich.

Ein Einspruch des Jüdischen Nationalrats. Aus Wien wird vom 14. November telegraphiert: Der § 2 des Gesetzentwurfes über die Erwerbung der Staatsbürgerschaft enthält die Bestimmung, daß eine Erklärung notwendig ist, dem Staat als treuer deutscher Bürger angehören zu wollen. Eine Abordnung des jüdischen Nationalrates erschien heute im Parlament, um den deutschen Parteien klarzulegen, daß die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung einen Gewissenszwang für jene Juden enthalte, die sich zu Deutschösterreich und gleichzeitig zur jüdischen Nation bekennen. Die Abgeordneten sicherten die Berücksichtigung dieser Forderung mit der Begründung zu, in der demokratischen Republik könne auf niemand ein Gewissenszwang ausgeübt werden.

Palästina.

Unmittelbare jüdische Einwanderung nach Palästina? Das „Jüdische Preßbureau" in Stockholm meldet:

Die jüdische Gemeinde in Charbin wandte sich an die zionistische Organisation in Amerika mit der Bitte, von den britischen Behörden die Erlaubnis für eine unmittelbare Einwanderung von Juden nach Palästina zu erwirken.

Rußland.

Eine jüdisch-ökonomische Konferenz in Petersburg. An der Konferenz der jüdisch-ökonomischen Politiker, die vor kurzem in Petersburg stattgefunden hat, nahmen Vertreter fast aller jüdischen Parteien und Gemeinschaften teil. Als Fachleute wurden zu der Konferenz eine Anzahl jüdischer Nationalökonomen hinzugezogen. Die Konferenz bezweckte die gemeinsame Beratung und die Sammlung aller Kräfte, um die jüdisch-ökonomische Frage den neuen Verhältnissen anzupassen. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein Referat des Mitglieds des zionistischen Zentralkomitees Bruzkes über die Einordnung der Heimatlosen und die Gründung ihrer ökonomischen Existenz. Nach der Meinung des Referenten werden 300 000 jüdische Heimatlose und demobilisierte jüdische Soldaten in ihre Heimat nach Litauen, Kurland und Weißrußland zurückbefördert werden müssen. Um diese Rückwanderung zu regulieren, ist ein ganzes Netz von Informationsbureaus in Rußland und in der Südukraine nötig. Um die ökonomische Existenz der Rückwanderer zu sichern, wird ein Hypotheken-Kredit organisiert. Ferner müssen die jüdischen Spar- und Leihkassen, die Gesellschaften für gegenseitigen Kredit und die Konsumvereine erweitert werden. Um die Finanzierung dieser Gesellschaften zu ermöglichen, wird eine zentrale jüdische korporative Volksbank gegründet.

Polen.

Judenpogrome. Das „Jüdische Korrespondenzbureau" in Bern berichtet:

Wie „Nowy Dziennik" meldet, haben am 28. Oktober in Krosno und Biecz (Galizien) Judenpogrome stattgefunden, an denen Studenten und polnische Legionäre teilnahmen. Polizei schritt nicht ein. Viele jüdische Läden wurden ausgeplündert.

Rumänien.

Die Vorbereitung von Judenpogromen in Rumänien. Dem „Jüdischen Korrespondenzbureau" in Bern wird gedrahtet: In Rumänien wird die Bevölkerung durch Hetzaufrufe zum Massenmord der Juden aufgefordert. Das Blatt „Poporulni" in Duminica, das ein Organ des gegenwärtigen Kultusministers ist und durch die Behörden in den Dörfern verteilt wird, veröffentlicht einen von glühendem Judenhaß getragenen Leitartikel, worin es u. a. heißt: „Wenn ihr bemüht seid, jeden sich bietenden Nutzen einzuheimsen, so wird der Jude gezwungen sein, von dannen zu gehen." Der Minister ging in seiner Hetzpredigt so weit, daß die Zensur sich genötigt sah, einiges aus ihr zu streichen. Er hat durch eigens dazu gebildetet Komitees von Universitäts-Professoren und Literaten eine Sammlung von 200 000 Lei veranstaltet zwecks Neuherausgabe der berüchtigten antisemitischen Zeitschrift „Semana torul". Auch der frühere Judenfreund Mille predigt den Boykott gegen „die Fremden", der strenger als der polnische Boykott sein soll. Die jüdische Bevölkerung, die sich in größter Unruhe befindet, befürchtet Pogrome. Eine Organisierung des Selbstschutzes ist wegen Waffenmangels unmöglich, während die „Schwarze Bande" Waffen durch die Armee erhalten wird. Die jüdische Bevölkerung verlangt dringend sofortige Hilfe.

Aus aller Welt.

Eine jüdische Massenversammlung in Prag. Das „Jüdische Preßbureau" beim Jüdischen Nationalrat in Prag teilt mit:

Sonntag, den 10. November fand im großen Saale der Produktenbörse eine Versammlung statt, die vom Jüdischen Nationalrat für den tschecho-slovakischen Staat einberufen war. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn war der Saal so überfüllt, daß auf dem Platze vor der Produktenbörse eine zweite Versammlung improvisiert werden mußte, in welcher Dr. Angelo Goldstein sprach. Es mochten wohl weit mehr als 4000 Personen anwesend gewesen sein. Nach Eröffnung der Versammlung und Wahl des Präsidiums überbrachten unter begeistertem Beifall der Versammelten der italienische Leutnant Schubert in italienischer Sprache, der russische Soldat

Aschkenasi in russischer und das Mitglied der Przemysler jüdischen Selbstwehr Glanzburg in hebräischer Sprache die Grüße der italienischen, russischen und galizischen Zionisten. Es referierten hierauf der Präsident des Nationalrates Dr. Ludwig Singer und das Mitglied des jüdischen Sozialistenrates Herr Rudolf Kohn, deren Ausführungen ungeheuere Beifallsstürme entfesselten, die sich insbesondere am Schlusse der Rede Dr. Singers zu minutenlangen Ovationen für ihn steigerten. In der Debatte sprachen von tschechisch-jüdischer Seite Dr. Eduard Lederer und Dr. Heinrich Kohn in versöhnlichem Sinne, ferner Dr. Jak. Scharf, von nationaljüdischer Dr. Kornfeld und Dr. Goldstein, schließlich Prof. Klimt als Nichtjude. Bemerkenswert ist, daß dieser tschechische Redner sich gegenüber den Rednern der tschechisch-jüdischen Assimilanten sehr warm für die nationaljüdischen Bestrebungen aussprach und u. a. erklärte, ein Zionist sei ihm lieber als zehn jüdische Assimilanten. Der Punkt der vorgeschlagenen Resolution, welcher sofortige Demokratisierung der Kultusgemeinden verlangte, wurde einstimmig, die Dankeskundgebung an den Nationalrat und die von ihm erhobenen Forderungen nach Anerkennung der jüdischen Nationalität und voller bürgerlicher Gleichberechtigung wurden mit weit überwiegender Majorität gegen vereinzelte Stimmen der tschechischen Assimilanten angenommen.

Das jüdische Volk und die Liga der Nationen. Anläßlich der Aufforderung der englischen Gesandtschaft in Kopenhagen an die Zionistische Organisation, sich zur Frage des Anschlusses des jüdischen Volkes an die geplante Liga der Nationen zu äußern, schrieb der „Raswet", das Organ der russischen Zionisten:

„Die offizielle Zuschrift der englischen Gesandtschaft an die zionistische Organisation bedeutet, daß England und wahrscheinlich auch seine Verbündeten es für möglich halten, das jüdische Volk in den Völkerbund aufzunehmen. Diese Anerkennung der Gleichberechtigung unseres Volkes auf dem Gebiete der internationalen Politik ist ein Ereignis von außerordentlicher Wichtigkeit, ein Ereignis, dessen Bedeutung heute noch nicht vollständig gewürdigt werden kann. Wir haben es hier mit einem neuen Schritt auf dem Wege zur Anerkennung der jüdischen Nation zu tun, dem zweiten nach der bekannten englischen Erklärung über Palästina. Die innere ideelle Verbindung zwischen beiden politischen Erscheinungen liegt auf der Hand, da erst nach der vollständigen Anerkennung des Rechtes der Juden auf ein kleines Territorium und auf eine autonome politische Existenz von ihren Rechten auf dem Gebiete des internationalen Zusammenlebens die Rede sein konnte. Wir haben jetzt eine höchst überzeugende Bestätigung dieses von den Zionisten wiederholt ausgesprochenen Gedankens, daß unsere Bemühungen um eine internationale Anerkennung der jüdischen Nation die Forderung nach einem nationalen Zentrum in Palästina zum Ausgangspunkt haben müssen."

Aufhebung der jüdischen Gleichberechtigung in der Don-Republik. Das ‚Jüdische Korrespondenzbureau" in Bern berichtet:

Wie die Petersburger Zeitungen berichten, hat das neue Reich der Donkosaken die jüdische Gleichberechtigung aufgehoben und die alten Beschränkungen aus der Zeit Nikolais wiederhergestellt.

Die Schulfrage in Beßarabien. Die rumänische Regierung hat vor einigen Tagen beschlossen, die Gymnasien und Lyzeen in Beßarabien zu rumanisieren, was für die dortige jüdische Bevölkerung einen großen Schlag bedeutet; da etwa 30 solcher Schulen von den Juden gegründet wurden und mit deren Mitteln unterstützt werden.

Nathan Kahn.

Mit ihm ist einer der Stillen geschieden, die von tiefster Zionsliebe erfüllt, wirken, ohne nach Außen sichtbar hervorzutreten. Rechtspraktikant Kahn war ein vornehmer Charakter, ein herzensguter Mensch, ein begeisterter Anhänger und Förderer unserer Sache. Er ist mir persönlich ein lieber Freund gewesen und hat so manchem Stürmer und Dränger gar oft durch sein Vorbild den geebneten Weg gewiesen, der sicher zum Ziele führt. Für den Zionismus war der Verblichene unermüdlich tätig, ebenso für alle sonstigen nationaljüdischen Bestrebungen. Insbesondere wandte er der Turnsache lebhaftes Interesse zu. So schufen ihm seine Fähigkeiten und seine liebenswürdige, Alle gewinnende Art bald nach seiner Übersiedlung nach Nürnberg, wo er bis Kriegsbeginn als Rechtspraktikant tätig war, eine führende Stellung in verschiedenen Organisationen. Er war erster Schriftführer der Zionistischen Ortsgruppe Nürnberg und erster Turnwart des Jüdischen Turn- und Sportvereins Nürnberg. Leutnant Kahn ist seinen Angehörigen und uns allen, die wir ihn lieb hatten, in der Blüte seiner Jahre gestorben. Um ihn trauern zahlreiche Freunde und Gesinnungsgenossen. Er hat mir gegenüber oft den sehnlichsten Wunsch geäußert, dereinst nach Palästina übersiedeln zu können. Nun hat er das Land der Väter nicht mehr schauen können. Aber, er durfte in jenes unbekannte Land der Verheißung hinübergleiten, aus dem kein Wanderer wiederkehrt, in dem Bewußtsein, daß das stolze Gebäude des Tempels, zu dem auch er getreulich Baustein um Baustein getragen, sicher und fest wieder erstehen wird.

Nürnberg, 18. November 1918.

Paul Ordenstein.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Nationalfondsspenden. Heini Feuchtwanger grüßt den Münchner und Straßburger „Blau-Weiß" M. 4.—, Ref. Paul Sulzberger M. 2.—, Armeerabbiner Dr. Levy M. 2.—, Max Fleischer Neder M. 10.—.



Nürnberg. Am Samstag, 9. November, fand trotz der politisch erregten Zeiten der erste Vortrag des von der Zionistischen Ortsgruppe veranstalteten Zyklus über den Palästinagedanken statt. Herr Dr. Bamberger sprach über die „Entwicklung des Palästinagedankens vor Herzl". Herr Dr. Nußbaum betonte in seinen einführenden Worten, daß das Judentum sich durch keine äußeren Ereignisse von seinem Ziele, der Erlangung und dem Wiederaufbau Palästinas abbringen lassen dürfe, und daß die jüdische Arbeit unbeirrt weiter getan werden müsse. Der Referent schilderte dann das Neuentstehen des Palästinagedankens im 19. Jahrhundert, das Auftreten von Moses Heß, das Wirken Pinskers und die Ziele und Taten der Chowewe Zion. In der lebhaften Diskussion, die sich an den Vortrag schloß, sprachen die Herren Dr. Tachauer, Dr. Mayer, Hermann und Bernstein. Das Publikum war trotz der an diesem Tage in Nürnberg herrschenden Erregung verhältnismäßig zahlreich erschienen. Das aus den Worten aller Redner sprechende Zielbewußtsein machte einen tiefen Eindruck. Mehrere neue Mitglieder wurden der Ortsgruppe gewonnen.

Nürnberg. Die hiesige Religionsgesellschaft „Adass Jisroel" beabsichtigt in hiesiger Stadt ein jüdisches Krankenhaus zu bauen; ein Fonds von 100 000 Mark ist bereits vorhanden. Die Verwaltung ist an die Hauptgemeinde herangetreten, um diese zu veranlassen, dem Plane beizutreten. Im Interesse des idealen Zweckes wäre eine gemeinsame Aktion nur zu begrüßen.

Zur Münchener Rabbinerwahl. Am 14. November l. J. fand eine Sitzung des verstärkten Verwaltungsausschusses statt. Es wurde beschlossen eine Unterkommission mit den Vorbereitungsarbeiten zu betrauen. Die Unterkommission hat bis längstens 24. l. M. dem Verwaltungsausschusse Bericht zu erstatten.

Makkabäerfeiern. Sämtliche jüdisch-nationalen Vereine in München verzichten mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse auf Veranstaltung der geplanten Makkabäerfeiern und haben die im Gange befindlichen umfangreichen Vorbereitungen abgebrochen. Es ist zu erwarten, daß auch allseits die gleiche Zurückhaltung geübt wird.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, den 24. November. 1. Zug: 7.30 Uhr Bogenhauserbrücke. M. 1.10. 2. Zug: 8.20 Uhr, Ostbahnhof. 75 Pfg. 3. und 4. Zug: 1 Uhr, Starnberger Bahnhof. 70 Pfg. 1. Gruppe: 7.40 Uhr, Starnberger Bahnhof. 85 Pfg. 2. Gruppe: 8.40 Uhr, Isartalbahnhof, 40 Pfg. 3. Gruppe: 7 Uhr, Isartalbahnhof, M. 1.—. 4. Gruppe: 9.50 Uhr, Isartalbahnhof. 80 Pfg.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. Sonntag, den 24. November. Buben: 2 Uhr Endpunkt Linie 6, Erlenstegen. Mädels: 2 Uhr Endpunkt Linie 8, Mögeldorf.





Bekanntmachung.

Die Herstellung der rituellen Margarine erfolgte bisher lediglich in einer links des Rheins gelegenen Fabrik. Somit werden Störungen in der Belieferung mit ritueller Margarine nicht zu vermeiden sein.

Die Kriegskommission hat die sofortige Verlegung eines Teiles der Herstellung nach einer anderen Fabrik veranlaßt, sodaß die Schwierigkeiten bald behoben sein dürften.

Berlin W. 8, den 12. November 1918.
Friedrichstr. 167/68.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.

gez.: Freirich. gez.: Blank.

BY

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.